

9. Fortschrittskongress

Zukünftige Wärmeversorgung – wie kann sie gewährleistet werden?

Berlin. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens zum Jahr 2038 hat auch Auswirkungen auf die Wärmeversorgung, denn häufig werden die Kraftwerke zur Strom- und Wärmeerzeugung eingesetzt. Im Rahmen des 9. Fortschrittskongresses am 4. November 2020 wurde anhand von innovativen Beispielen aufgezeigt, wie in Zukunft eine emissionsarme Wärmeversorgung in Quartieren gewährleistet werden kann und welche Rahmenbedingungen benötigt werden, damit aus Pilotprojekten praktikable Lösungen für den Gebäudebestand realisiert werden können.

Derzeit hemmen Regularien das Engagement von Wohnungs- und Immobilienunternehmen zugunsten von mehr Klimaschutz im Gebäudesektor, unterstrich Axel Gedaschko, Senator a.D., Präsident des GdW - Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. sowie Mitglied des Kuratoriums des Forum für Zukunftsenergien e.V. Nach Eröffnung des 9. Fortschrittskongresses durch S.E. Geert Muylle, Botschafter des Königreichs Belgien in Berlin, und Joachim Rumstadt, Vorsitzender der Geschäftsführung der STEAG GmbH sowie stellv. Vorsitzender des Vorstandes des Forum für Zukunftsenergien e.V., erläuterte Gedaschko, dass beispielsweise die Gewerbesteuerfreiheit der Immobilienunternehmen entfiere, wenn sie Strom aus eigens betriebenen Blockheizkraftwerken den Mietern bereitstellten, sie also als Stromlieferunternehmen tätig würden.

Insbesondere in urbanen Gebieten seien vorhandene Nah- und Fernwärmenetze für den Einsatz grüner Gase umzurüsten und auszubauen. Die erforderlichen Investitionen müssten durch die Bundesregierung bis 2030 mit jährlich mindestens einer Milliarde Euro unterstützt werden, um den Mietern auch weiterhin akzeptable Preise anbieten zu können. Ferner sollte der Tiefengeothermie seitens der Bundesregierung größere Bedeutung beigemessen werden.

Um den Verbrauch von Energie für die Erzeugung von Raumwärme und Warmwasser zu senken - und zwar weitgehend unabhängig vom Verbraucherverhalten, plädierte Gedaschko für eine Verpflichtung zum Einbau entsprechender Technik seitens des Vermieters und eine entsprechend von der Politik zu schaffende Duldungspflicht seitens der Mieter. Abschließend sprach er sich dafür aus, den Gebäudesektor in den EU-Emissionshandel zu integrieren und somit den deutschen Sonderweg zu verlassen. Die zurzeit vorgesehene Aufteilung der CO₂-Pönale durch das BEHG zwischen Vermieter und Mieter sei seiner Meinung nach ungerecht, die Bundesregierung solle daher ihre Entscheidung nochmals überdenken.

Dr. Matthias Dümpelmann, Geschäftsführer der 8KU GmbH, zeigte auf, dass die bisherigen Emissionsminderungen im Wärmemarkt hauptsächlich aus dem Brennstoffwechsel resultierten. Bevölkerungszuwachs und der Anstieg an Wohnfläche pro Person habe die durch Sanierungsmaßnahmen entstandenen Effizienzgewinne jedoch wieder neutralisiert. Insbesondere in Ballungsräumen könne die Fernwärme zur Emissionsminderung beitragen, denn bereits heute gebe es fast 30% klimaneutrale und aus erneuerbaren Quellen erzeugte Fernwärme in Deutschland. Ein Wechsel von der dezentralen Ölheizung zur Fernwärme sei für Mieter ohne Aufwand zu realisieren und könne die Bundesregierung vor Strafzahlungen durch das Effort-Sharing schützen. Das derzeitige bestehende System aus Abgaben und Umlagen verhindere jedoch die

Sektorenkopplung und erzeuge Investitionsunsicherheit. Dr. Dümpelmann lobte zwar die Ausgestaltung des Bundesförderungsprogramms für effiziente Wärmenetze, kritisierte jedoch, dass dieses Programm unterfinanziert sei.

Christian Remaely, Unternehmensentwicklung, RheinEnergie AG, und Christian Simon, Prokurist, Deutsche Wohnungsgesellschaft mbH, Köln, stellten gemeinsam das energetische Sanierungskonzept der Stegerwaldsiedlung in Köln-Mühlheim mit rund 1.600 Wohnungen vor. Ziel dieses Teilbausteins des GrowSmarter-Projekts war es, ein energieeffizientes und -autarkes Quartier zu schaffen. Für die energetische Sanierung erneuerte die DEWOG u.a. Fenster, fügte Dämmung hinzu und installierte Balkone. Die RheinEnergie nahm in der Siedlung eine Neugestaltung der Energieversorgung vor u.a. durch PV-Anlagen, Luft-Wasser-Wärmepumpen und Batteriespeicher. Hinzu kam eine Fernwärmeversorgung durch das hocheffiziente Gas-und-Dampfturbinen-Heizkraftwerk Niehl 3. Um das neue Energieversorgungssystem zu organisieren, wurde ein selbstlernendes, cloudbasiertes Energiemanagement eingeführt. Herausforderungen bei der Umsetzung waren u.a. die regulatorischen Rahmenbedingungen bei der Vernetzung der Batteriespeicher und den Mieterstrommodellen bei Bestandsgebäuden. Nach Beendigung der Maßnahmen stieg die Warmmiete bei einer durchschnittlichen 58 m² 3-Zimmer Wohnung von 587 € auf 698 €, die Heizkosten sanken von 61 € auf 57 € und die CO₂-Emissionen konnten um 72 % reduziert werden.

In der anschließenden Podiumsdiskussion unter Leitung von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien e.V., berieten Timon Gremmels, MdB (SPD), Dr. Lukas Köhler, MdB (FDP), und Dr. Julia Verlinden, MdB (Bündnis90/Die Grünen), über die notwendigen Rahmenbedingungen für die zukünftige Wärmeversorgung.

Gremmels hob hervor, dass die Sanierung von Bestandsgebäuden natürlich ein „schlafender Riese“ für die Energiewende sei. Eine Verdopplung der aktuellen Sanierungsrate sei daher ein wichtiger Schritt, bei dem die Belange der Mieter natürlich berücksichtigt werden müssten. Derzeit diskutierten das BMF, das BMWi und das BMJV über Möglichkeiten zur sozialverträglichen Ausgestaltung wie z.B. über das Konzept der Teilwarmmieten, sodass die Kosten nicht einseitig vom Mieter getragen werden müssten. Auch werde das Förderprogramm für effiziente Wärmenetze im Rahmen der derzeitigen Haushaltsberatungen aufgestockt. Eine Ausweitung des EU ETS auf den Gebäudesektor sei hingegen eher ein langfristiges Ziel innerhalb der nächsten zehn Jahre.

Auch Dr. Köhler plädierte für eine funktionierende CO₂-Bepreisung – eine Ausweitung des EU ETS auf den Gebäudesektor sei hier die effizienteste Lösung. Insgesamt sprach er sich für einen stärkeren Fokus auf die Wärmeerzeugung aus, denn die bisherige „Dämmpolitik“ habe eine CO₂-Reduktion von nur 0,2 % realisiert. Zudem sei es sinnvoll, sich der bestehenden Hürden beim Fördermittelabfluss - Handwerkerangel und übermäßige Bürokratie - anzunehmen, um die Sanierungsquote massiv zu erhöhen.

Dr. Verlinden unterstrich ebenfalls die Bedeutung des Gebäudebereichs für den Klimaschutz. Sie setzte sich dafür ein, Neubauten klimaneutral zu gestalten, denn ein mehrmaliges Nachbessern sei wenig sinnvoll. Mit Blick auf die entsprechend höheren Kosten für die Mieter warb Dr. Verlinden für das „Konzept der fairen Wärme“, welches eine Aufteilung der Kosten auf Vermieter, Mieter und den Staat vorsieht. Eine staatliche Begrenzung der Wohnfläche zur Senkung der pro Kopf-CO₂-Emissionen lehnten die Abgeordneten einhellig ab.

Wir danken der 8KU GmbH und der RheinEnergie AG für die Unterstützung sowie der Botschaft des Königreichs Belgien in Berlin für die Gastfreundschaft.

Die Präsentationen stehen in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der Website (Presse/Publikationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: info@zukunftsenergien.de.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
www.zukunftsenergien.de
Twitter @FfZeV
LinkedIn @FfZeV